



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**17. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 2. September 2008 in
Visby, Schweden**

Die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Visby eine Konferenz-Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext nebst nichtamtlicher Übersetzung gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg



(nichtamtliche Übersetzung)

Konferenz-Resolution

angenommen durch die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich vom 31. August – 2. September 2008 in Visby, Schweden versammelten,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Klimawandel und Energieeffizienz, Energieversorgung und Versorgungssicherheit, Eutrophierung, maritime Politik und den Ostseeaktionsplan sowie Arbeitsmarktfragen und soziale Angelegenheiten zu erörtern,

wiederholen noch einmal ihre tiefe gemeinsame Besorgnis über den Zustand der terrestrischen Umwelt und der Meeresumwelt in der Ostseeregion und begrüßen den HELCOM-Ostseeaktionsplan als zentrales Instrument für die Wiederherstellung eines guten Zustands der Umwelt der Ostsee bis zum Jahr 2021,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum in Betracht zu ziehen und sicherzustellen, dass diese Strategie mit den bestehenden Kooperationsformen in der Region, nämlich dem Ostseerat und der neuen Politik der Nördlichen Dimension, abgestimmt wird, u. a. durch Maßnahmen zur Stärkung des Dialogs und der Koordinierung mit parlamentarischen Organisationen und Parlamentariern aus dem Ostseeraum;
2. die Koordinierung der Aktivitäten zwischenstaatlicher Akteure und anderer Interessenvertreter im Sinne einer umwelt- und finanzpolitischen Effizienz im Ostseeraum zu fördern und dabei die Entwicklung einer Arbeits- und Aufgabenteilung entsprechend den jeweiligen Zielen und Kompetenzen zu begünstigen;
3. die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in der Ostseeregion zu unterstützen, zu erleichtern und zu beachten, vor allem hinsichtlich der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Fragen der Umwelt, des Klimawandels, des Arbeitsmarktes und sozialer Angelegenheiten, sowie für andere relevante Themen;

im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Ostseeregion

4. sich bei der Entwicklung von Strategien vor der 14. Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Posen und der 15. Vertragsstaatenkonferenz 2009 in Kopenhagen abzustimmen und zusammenzuarbeiten, um dafür zu sorgen, dass von der Ostseeregion ehrgeizige Maßnahmen zur Minderung der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen gemeinsam unterstützt werden, indem

- sie eine signifikante Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 empfehlen, so wie sie von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Annex-1-Länder gemäß dem Kyoto-Protokoll auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention auf Bali beschlossen wurde und
 - sie den Empfehlungen des Rates der Europäischen Union zur Erreichung einer signifikanten Reduzierung der Emissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 Folge leisten;
5. enger zusammenzuarbeiten, um die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels zu verringern, die Fähigkeit zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu verbessern und die Fähigkeit zur Verhinderung und Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels (wie z. B. Naturkatastrophen und technisch bedingte Zwischenfälle) zu verbessern;
 6. die Fähigkeit zur Unterstützung und Koordinierung der regionalen Energie-Kooperation im Ostseeraum bei der Entwicklung eines integrierten und optimierten regionalen Ansatzes zur Lösung der Energieprobleme in der Ostseeregion unter Berücksichtigung der verschiedenen Energie-Mix-Regelungen in den einzelnen Ländern der Region und der Möglichkeiten zur Entwicklung grenzüberschreitender Stromnetzverbindungen zu stärken;
 7. den Bau und die stärkere Nutzung von Windkraftanlagen auf dem Festland und vor der Küste zu unterstützen, sowie die Investitionen für den Auf- und Ausbau neuer Drehstromversorgungsnetze zu erhöhen und die Entwicklung eines europäischen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetzes zu fördern, um den Netzverbund in Europa zu verbessern;
 8. die Schaffung eines Systems für den kombinierten Verkehr im Ostseeraum zu fördern, um Energie zu sparen und den Ostseeraum zu einer Modellregion in Europa zu machen;
 9. Projekte zur Übertragung von Energie und Energieträgern zu unterstützen, mit denen die Umweltbelastungen für die Ostsee und die Störung der Umwelt minimiert sowie die Versorgungssicherheit erhöht werden kann, ohne die Sicherheit eines oder mehrerer Staaten in der Ostseeregion zu beeinträchtigen;
 10. effektivere Maßnahmen zur Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen in allen Bereichen in der Ostseeregion z. B. durch Technologie-Transfer, Forschung und Entwicklung sowie berufliche Bildung zu fördern und gleichzeitig Initiativen zur Nutzung der positiven Potenziale umweltfreundlicher Technologien in Bezug auf Forschung, Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung zu ergreifen;

im Hinblick auf den Ostseeaktionsplan und die integrierte Meerespolitik

11. sich voll und ganz für die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und die Arbeit der Gruppe zur Umsetzung des Ostseeaktionsplans einzusetzen, z. B. durch uneingeschränkte Einhaltung der Ziele für die Reduktion von Nährstoffen in jeder Teilregion der Ostsee sowie durch die Ausarbeitung nationaler Aktionsprogramme, die spätestens auf der HELCOM-Ministertagung 2010 berücksichtigt werden sollten;
12. gemäß den Empfehlungen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz und der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung aktiv Maßnahmen gegen die Eutrophierung zu ergreifen, z. B. durch die Förderung von Forschung und konkreten Maßnahmen zur Bindung und Reduzierung von Phosphor in der Ostsee, sowie durch den Bau neuer Kläranlagen, die Förderung des Einsatzes phosphatfreier Waschmittel und die Minderung von Emissionen aus den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Gewerbe und Haushalte;

13. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln, wobei die Meerespolitik als Teil eines umfassenderen Rahmens aus nachhaltiger Entwicklung, Umweltbelangen, Raumplanung und Sicherheit auf See sowie Intermodalität im Einklang mit der Meerespolitik der IMO (Seerecht) und der EU zu sehen ist;
14. die globalen Regelungen zur Sicherheit und zum Schutz der Meeresumwelt weiter zu unterstützen, um dadurch sicherzustellen, dass alle Schiffe, welche die Ostsee befahren, unabhängig von ihrer Flagge die gleichen hohen Sicherheits- und Umweltstandards erfüllen;
15. sicherzustellen, dass alle Staaten der Ostseeregion fortlaufend auf die Ratifizierung, sowie die wirksame Umsetzung und Durchsetzung bestehender IMO-Instrumente hinarbeiten;
16. die Schaffung eines IMO-Regelwerks – vorzugsweise schon im Jahr 2008 – zu unterstützen, mit dem ehrgeizige und verbindliche Regelungen zur Reduzierung der gesamten globalen CO₂-Emissionen von Schiffen eingeführt werden sollen;
17. angesichts der u. a. starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee und der strengen winterlichen Witterungsbedingungen besonders im nördlichen Teil der Ostsee weiterhin konkrete und wirksame Schritte im Rahmen der IMO zu ergreifen, um für verbindliche Regelungen zur Sicherheit für die Schifffahrt und das Personal zu sorgen;
18. die Harmonisierung von Verkehrsleitdiensten (Vessel Traffic Services – VTS) in der gesamten Ostseeregion, sowie ein Programm für die sukzessive Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten Systems zur Überwachung der Emissionen von Schiffen zu unterstützen;
19. die schrittweise Entwicklung einer landgestützten Stromversorgung für Fracht- und Passagierschiffe in Häfen im Hinblick auf die internationale Entwicklung zu unterstützen;

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten

20. faire, klare und zugängliche Spielregeln für die Mobilität von Arbeitskräften, die Niederlassung von Unternehmen und die Erbringung von Dienstleistungen festzulegen, z. B. indem in Bezug auf die in den einzelnen Ländern geltenden Regeln und Vorschriften Transparenz geschaffen wird und indem das bereits bestehende Netz von Informationszentren in die nördlichen und östlichen Bereiche der Ostseeregion ausgeweitet wird;
21. die Zusammenarbeit im Bereich von Bildung und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung als Mittel zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion weiter auszubauen;
22. weiter eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern zu betreiben;

Ferner

23. weiß es die Ostseeparlamentarierkonferenz zu schätzen, dass die Regierungschefs auf dem 7. Gipfel der Ostseestaaten am 4. Juni 2008 in Riga den engen und regelmäßigen Dialog zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz, die vertiefte Zusammenarbeit und die Bedeutung einer Fortsetzung dieser Zusammenarbeit anerkannt haben;
24. begrüßt und unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz den Text der Erklärung zur Reform des Ostseerates, in dem die Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum dargelegt werden;
25. befürwortet die Ostseeparlamentarierkonferenz, dass die neuen langfristigen Prioritäten für die Zusammenarbeit im Rahmen des Ostseerates auch während der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz berücksichtigt werden;
26. nimmt die Ostseeparlamentarierkonferenz mit Befriedigung den positiven Prozess des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen des Ostseerates, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht zur Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen;
27. bittet die Ostseeparlamentarierkonferenz den Ständigen Ausschuss, die Strukturen und Arbeitsmethoden der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der Grundlage von Überlegungen, die im Rahmen des Erweiterten Ständigen Ausschusses angestellt wurden, zu überprüfen und zu bewerten, und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 darüber Bericht zu erstatten;
28. begrüßt die Ostseeparlamentarierkonferenz dankbar die freundliche Einladung des dänischen Parlaments, die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August - 1. September 2009 in Dänemark abzuhalten.

* Parlamente der Freien Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Lettlands, der Region Leningrad, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, der Region Murmansk, Norwegens, Polens, Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Parlamente der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, Baltische Versammlung, Nordischer Rat, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands.



Conference Resolution

Adopted by the 17th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants*, elected representatives from the Baltic Sea States, assembling in Visby, Sweden, 31 August – 2 September 2008,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Climate Change and Energy Efficiency, Energy Supply and Security, Eutrophication, Maritime Policy and the Baltic Sea Action Plan, and Labour Market and Social Affairs,

reiterating their profound and shared concern about the state of the terrestrial and marine environment in the Baltic Sea region, and welcoming the HELCOM Baltic Sea Action Plan as a central tool for restoring a good environmental status of the Baltic Sea by 2021,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. take into account the development of a EU Strategy for the Baltic Sea Region and ensure its coordination with the existing formats of cooperation in the region, namely the CBSS and the new Northern Dimension policy, including measures to strengthen dialogue and coordination with parliamentary organizations and parliamentarians of the Baltic Sea Region;
2. promote coordination between intergovernmental actors and other stakeholders in the Baltic Sea Region, for the sake of environmental and fiscal efficiency, encouraging the evolution of a division of labour and responsibilities in accordance with their respective objectives and competencies;
3. support, facilitate and heed the work of NGOs in the Baltic Sea Region, especially concerning public awareness raising on environment, climate change, labour market and social affairs, as well as other relevant issues;

Regarding Climate Change and Energy Issues in the Baltic Sea Region, to

4. coordinate and cooperate on strategies before the COP-14 in 2008 (Poznan) and COP-15 in 2009 (Copenhagen) in order to provide consolidated support from the Baltic Sea Region to ambitious measures for the mitigation of man-made CO₂ emissions, by recommending:

- a significant reduction of CO₂ emission in 2020, as concluded by the *ad hoc* working group of the Annex-1 countries under the Kyoto Protocol at the COP-13 session in Bali, and
 - fulfil recommendations of the Council of the European Union to achieve a significant emission reduction by 2050 compared to 1990;
5. extend cooperation to reduce the vulnerability and improve the adaptability to the consequences of climate change, as well as to the enhancement of the capacity to prevent and manage adverse consequences of climate change (such as natural hazards and technological accidents);
 6. strengthen the capacity to support and coordinate Baltic Sea regional energy cooperation in developing an integrated and optimized regional approach to the energy issues in the Baltic Sea Region, taking into account the various energy mixes of the countries in the Region and the possibilities for developing cross-border power links;
 7. support the construction and greater use of land-based and offshore wind power, as well as increase the investments in the construction and upgrading of new three-phase supply networks, and promote the development of a European ultra-high voltage DC transmission network in order to enhance interconnectivity within Europe;
 8. promote the establishment of an inter-modal transport system in the Baltic Sea Region to save energy and make the Region a model region in Europe;
 9. support transport projects of energy and energy carriers that minimize environmental threats to the Baltic Sea and intrusion on its environment, and which increase the level of the security of supplies, without diminishing security of one or more states in the Baltic Sea Region;
 10. promote – by means of e.g. technology transfer, research and development, and vocational training - more effective actions to develop renewable energy, energy efficiency and energy savings in all sectors in the Baltic Sea Region, while taking initiatives to exploit the positive research, job and business potentials of environmentally friendly technologies;

Regarding the Baltic Sea Action Plan and the Integrated Maritime Policy, to

11. fully commit themselves to the implementation of the HELCOM Baltic Sea Action Plan (BSAP) and the work of the BSAP Implementation Group, for instance by unreserved compliance of the nutrient reduction objectives in each sub-region of the Baltic Sea, and developing national programmes of action to be considered by the HELCOM Ministerial meeting in 2010 at the latest;
12. take active measures against eutrophication, in accordance with the recommendations of the 16th BSPC and the BSPC Working Group on Eutrophication, for instance by promoting research and concrete measures to bind and reduce phosphorous in the Baltic Sea, and by building new sewage plants, fostering the use of phosphate-free detergents and reducing emissions from agriculture, transport, industry and households;
13. take concrete steps to develop the Baltic Sea Region into Europe's model maritime region, recognizing that maritime policy must be seen within an overarching framework of sustainable development, environment, marine spatial planning, safety at sea and intermodality, according to IMO (Law of the Sea) and EU maritime policies;

14. continue to support global regulation with regard to safety and marine environmental protection, thereby ensuring that all ships that sail through the Baltic Sea comply with the same high level of safety and environmental standards, irrespective of flag;
15. ensure that all States of the Baltic Sea Region are continuously committed to the ratification, effective implementation and enforcement of existing IMO instruments;
16. support the establishment of an IMO regulatory framework, preferably already in 2008, for an ambitious and binding regulation for the reduction of total global CO₂-emissions from ships;
17. take continued concrete and effective steps within the framework of IMO to ensure binding regulations for maritime safety, safety of navigation and security, considering among other things the rapidly increasing number of oil transports in the Baltic Sea and the severe winter conditions especially in the northern parts of the Baltic Sea;
18. support the harmonisation of Vessel Traffic Services (VTS) procedures throughout the Baltic Sea region, a programme for the gradual development and introduction of a satellite-based, emission-related monitoring system for ships;
19. support the stepwise development of land-based electricity supply for cargo and passenger ships in harbours regarding the international development;

Regarding Labour Market and Social Affairs, to

20. establish fair, clear and accessible ground rules for labour mobility and business establishment and provision of services, for instance by securing transparency regarding rules and regulations in various countries and by expanding the already existing network of info-centers in the northern and eastern parts of the Baltic Sea Region;
21. further develop the cooperation in the field of education and science for sustainable development as a means of further boosting the competitiveness of the Baltic Sea Region;
22. continue to pursue an active policy against youth unemployment, for harmonization of vocational training programmes, and for strengthening the dialogue between social partners;

Furthermore the Conference

23. appreciates the acknowledgement, made by the Heads of Government at the 7th Baltic Sea States Summit in Riga 4 June 2008, of a close and regular dialogue between CBSS and BSPC, of a deepened cooperation, and of the importance of its continuation;
24. welcomes and supports the text of the Declaration on the reform of the CBSS, elaborating the priorities of regional cooperation in the Baltic Sea area;
25. advocates that the new, long-term priorities of cooperation in the framework of the CBSS also be taken into consideration during the 18th Baltic Sea Parliamentary Conference;
26. acknowledges the positive process of dialogue and information exchange with CBSS, looks forward to a further and mutual development of this dialogue, and encourages the governments of the CBSS to present, through the CBSS, an annual report of their implementation of the BSPC resolutions;

27. asks the Standing Committee to carry out a review and assessment of the structures and working methods of the BSPC, based on considerations within the BSPC Extended Standing Committee, and to report to the 18th BSPC in 2009;

28. welcomes with gratitude the kind invitation of the Danish Parliament to host the 18th Baltic Sea Parliamentary Conference in Denmark 31 August – 1 September 2009.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Iceland, Latvia, Leningrad Region, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Murmansk, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, Nordic Council, Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Parliamentary Assembly of North-West Russia.